



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Preußen und der deutsche Bund.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Preußen und der deutsche Bund.

Von der preussischen Grenze.

Beginnen wir mit dem erfreulichsten Ereigniß der letzten Woche. Die preussische Regierung hat in Bezug auf den unangenehmsten Conflict, der zwischen ihr und dem Volke sich zu erheben drohte, in Bezug auf die neue Militärorganisation die Hand zum Frieden geboten. Indem der Finanzminister für die augenblicklich nothwendigen Ergänzungen des preussischen Heeres einen Zuschlag von 9 Millionen verlangte, hat er zugleich offen erklärt, daß die Frage über die definitive Feststellung des Militärwesens vertagt werden solle: beide Theile, die Regierung wie die Volksvertretung, seien in diesem Augenblick zu aufgereggt, um einen gedeihlichen Abschluß der Verhandlungen hoffen zu lassen; nach Ablauf eines Jahres werde man auf beiden Seiten ruhiger sein und es werde an Mitteln zu einer Verständigung nicht fehlen.

Zwar hätten wir gewünscht, die Regierung wäre noch einen Schritt weiter gegangen und hätte den Gesetzworschlag über die Organisation der Armee für dieses Jahr ganz zurückgezogen; da aber die Worte des Ministers gar keine andere Auslegung verstatten, so sind wir auch mit dieser Form zufrieden.

Seinerseits wird der Landtag keinen Anstand nehmen, die für die jetzigen Bedürfnisse geforderten 9 Millionen im vollen Umfang zu bewilligen. Was die Verwendung derselben betrifft, so hat die Regierung an das Vertrauen des Landtags appellirt und, wie sich von selbst versteht, nach Ablauf eines Jahres eine vollständige Rechnungsablegung versprochen. Das ist die richtige Form; denn eine öffentliche Discussion über das, was man für die Armee anschaffen will, wäre angesichts der Feinde ganz unthunlich. Wenn es aber jemals eine Zeit gab, wo Preußen nöthig hatte, mit äußerster Anspannung aller seiner Kräfte sich auf die Gefahren des nächsten Tages vorzubereiten, so ist dieser Augenblick jetzt gekommen.

In Besprechung der Landtagsdebatten über die kurhessische Frage haben wir vor allem auf eins aufmerksam zu machen gesucht: daß die Situation sehr ernst ist und mit dem äußersten Ernst behandelt werden muß. Diese Ermahnung scheint uns auch heute noch nicht überflüssig, nachdem die zweite große

Debatte, über Schleswig, stattgefunden hat. Vieles in dieser Debatte konnte uns freuen. Die Einmüthigkeit in der Ansicht über das Recht der stammverwandten Herzogthümer, der lebhafte Patriotismus, mit welchem namentlich die Mehrheit sich aussprach; und doch schien es uns bisweilen, als ob der Ernst der Situation nicht deutlich genug hervortrete, als ob die „Heiterkeit“ des Hauses häufiger als nöthig hervorgerufen werde. Die Lebhaftigkeit und Entschlossenheit der einzelnen Redner ist sehr viel werth, ebenso der Beifall, den sie vermuthlich im Publikum finden werden; aber das ist noch lange nicht alles. Die Entscheidung findet nicht auf der Rednerbühne, sondern auf dem Schlachtfeld statt, und es ist uns immer lieber, wenn man vor dem eigentlichen Beginn des Kampfes mit der größten Bescheidenheit seine Kräfte erwägt, um nichts zu unternehmen, was nicht mit einiger Aussicht auf Erfolg unternommen werden kann; dann aber freilich, sobald das Schwert einmal gezogen ist, die Scheide wegwirft.

Ganz diesen Eindruck macht die Debatte nicht. Da der Schluß einstimmig gefaßt wurde, so könnte man leicht versucht werden, alles was von den einzelnen Hauptrednern verlangt ist, zusammen zu addiren und in die Wünsche des ganzen Hauses mit aufzunehmen. Da würden sich nun manche widersprechende Wünsche ergeben: der Eine will Krieg gegen Dänemark, der Andere will Dänemarks Hilfe gegen Frankreich; der Eine will die Hilfe des deutschen Bundes gegen beide; der andere die gewaltsame Sprengung desselben. Auch ist von der Eroberung von Elsaß und Lothringen die Rede gewesen. Das alles zusammen erlangen zu wollen, dazu werden Preußens Kräfte nicht ausreichen, und es ist daher nothwendig, eine Auswahl zu treffen.

Mit großer Freude hatten wir vor 14 Tagen den Antrag des Abgeordneten von Carlowitz begrüßt, weil dieser den Kern der Sache traf, der erst erledigt sein muß, ehe wir daran denken können, irgend etwas zu unternehmen. Bevor wir nicht wissen: wie stehn wir mit dem Bunde? wie stehn wir mit Oestreich? können wir auch im Traum nicht daran denken, weder Schleswig zu befreien noch Lothringen zu erobern. Ja bevor diese Angelegenheit nicht ins Reine gebracht ist, können wir nicht einmal mit Aussicht auf Erfolg irgend eine der auswärtigen Mächte zu Unterhandlungen einladen. — In der Art und Weise aber, wie Hr. von Schleinitz bis jetzt die Sache in die Hand genommen, wird sie kaum ins Reine zu bringen sein. Die Rede seines Gegners Hr. von Blankenburg sieht zwar in Bezug auf die positiven Vorschläge wie eine Fieberphantasie aus: so namentlich die Idee, Arm in Arm mit Dänemark gegen Frankreich zu marschiren; aber seiner Kritik müssen wir in manchen Punkten beipflichten. Es ist absolut nothwendig, daß Preußen einmal laut und vernehmlich sich darüber ausspricht, was es eigentlich will und wie es mit seinen Bundesgenossen steht: nicht bloß um der Regierungen, sondern haupt-

fächlich um der Völker willen. Hr. von Schleiniz hat in der letzten Sitzung mit den offenbarsten Zeichen des Verdrußes, dazu gedrängt zu sein, zwei Erklärungen abgegeben, die eine über das Verhältniß zum Bunde, die andere über das Verhältniß zu Oestreich, die beide viel zu wünschen übrig lassen.

Er hat vom deutschen Bundestag erklärt, daß derselbe nicht bloß thatsächlich sondern auch zu Recht bestehe. Wir können den lebhaften Wunsch nicht unterdrücken, daß er diese Erklärung bereits bei der kurhessischen Frage abgegeben hätte, wo sie doch sehr am Ort war; denn nun sieht es fast so aus, als sei sie ihm nur durch diplomatische Verhandlungen abgezwungen. In der Sache selbst treten wir ihm bei. Der Bundestag besteht für Preußen schon darum factisch zu Recht, weil Preußen in Frankfurt einen Bundestagsgesandten hat, der an den Abstimmungen Theil nimmt. Auch die historische Deduction der Gegner des Bundestags kann uns nicht überzeugen. Die Gewalt des alten Bundestags ging rechtlich an den Reichsverweser, von diesem rechtlich an das Interim über. Dann erfolgte eine Spaltung der Bundesstaaten, die endlich, nachdem die Dresdner Conferenzen gescheitert, zu einer von beiden Seiten anerkannten Wiederherstellung des alten Bundestags führten; natürlich innerhalb der Rechtsgrenzen, die derselbe früher gehabt. Alle Welt war darüber einig, daß die Form des Bundestags ungenügend sei; so lange man sich aber nicht über eine neue Form einigt, bleibt die alte Form provisorisch zu Recht bestehen. Die ganze Frage hat eine theoretische Wendung genommen, die zu gar nichts führt, und die durch Vermischung mit andern leeren Träumereien, z. B. einer Volksvertretung am Bundestage, keineswegs gebessert wird.

Die Frage ist gar nicht theoretisch, sondern praktisch; die Frage ist gar nicht: besteht der Bundestag zu Recht? sondern: ist der Bundestag fähig, unsere Existenz zu erhalten? — Wohlgemerkt, unsere Existenz! Es handelt sich nicht, wie in den Zeiten der Union, um etwas Mehr oder Minder, sondern um Sein oder Nichtsein, um Leben oder Tod; es handelt sich nicht darum, ob wir uns mehr oder minder vortheilhaft in Deutschland einrichten? sondern ob wir fortfahren können, eine Nation auch nur in der alten schwachen Bedeutung zu sein, oder ob wir das Schicksal Polens haben sollen, von den Nachbarn getheilt zu werden. Wenn uns vor dem letztern Schicksal der Bundestag nicht schützen kann, so gilt es, ihn zu beseitigen und durch etwas anderes zu ersetzen, gleichviel ob er zu Recht oder zu Unrecht besteht. Denn das erste Recht eines jeden Organismus ist, sich das Leben zu erhalten, und diesem Grundrecht gegenüber schweigen alle andern.

Darüber hat die Regierung dem preußischen Volk, der deutschen Nation gegenüber Rechenschaft abzulegen; wenn sie das nicht thut, wenn sie nicht die Nothwendigkeit ihrer Haltung erweist, so wird der Verdacht, sie führe leicht-

finnig, aus egoistischen Gründen einen Bruch des Bundes herbei, ihr von allen Seiten entgegengebracht, sie wird im Gefühl ihrer eignen Kraft gelähmt werden. Erweist sie dagegen die Nothwendigkeit, so wird sie allen Regierungen gegenüber unwiderstehlich, und das anscheinende Rütteln am Bunde führt zu einer Befestigung und Wiederbelebung des Bundes.

Die Erklärungen des Herrn v. Schleiniß lassen darin, wie gesagt, viel zu wünschen übrig. So namentlich auch die zweite, über Oestreich. Nicht bloß die liberale Partei, sondern zu unserm größten Erstaunen auch Herr v. Blankenburg hat sich sehr lebhaft gegen ein Bündniß mit Oestreich ausgesprochen, welches so weit ginge, ihm Venetien zu garantiren: „Preußen habe so etwas gar nicht nöthig.“ — Nicht nöthig wozu? um Oestreich zu gewinnen? Oder hat Preußen überhaupt Oestreich nicht nöthig? Das letzte scheint der ehrenwerthe Abgeordnete, dessen Rede (uns freilich nur aus den Zeitungen bekannt) in jedem Satz zurücknimmt, was sie im vorhergehenden behauptet, doch nicht zu meinen; ganz im Gegentheil. Hr. v. Schleiniß hat erwidert, ein Bündniß mit Oestreich sei nicht abgeschlossen. Gut, aber wie stehn wir mit Oestreich? Hr. v. Schleiniß ist so empfindlich gegen das Urtheil der süddeutschen Blätter; aber wie will er den frechen Insinuationen dieser Blätter: Preußen wolle sich, wie ehemals Sardinien, mit Frankreich gegen Deutschland und Oestreich verschwören, anders vertheidigen, als indem er den wahren Sachverhalt an den Tag bringt? als indem er zeigt: nicht Preußen ist es, welches Deutschland im Stich läßt, sondern Oestreich; nicht Preußen ist es, welches um Frankreichs Gunst buhlt, sondern Oestreich. Es mag sein, daß Hr. Schleiniß nicht jeder Aufforderung genügen kann, „begeisterte und begeisternde“ Reden zu halten, daß es ihm sehr unbequem ist, auf Interpellationen eine Antwort zu improvisiren; dann aber möge er sie auf den folgenden Tag verschieben, und am folgenden Tage gehörig Rede stehn. Rede stehn muß er, noch vor Schluß des Landtags: denn wenn Preußen nicht im Stande der Nothwehr ist, wenn es aus bloßem Uebermuth an den alten Mauern des Bundes rüttelt, ohne überlegt zu haben, wohin das führen soll; mit einem Wort, wenn es in den Tag hinein Politik treibt, so verdient es das härteste Urtheil.

Glücklicherweise hat Herr v. Schleiniß einen Mann gefunden, der für ihn eintritt. Es ist Herr v. Borries. Ehe wir auf die offene und ehrliche Erklärung dieses Ministers eingehn, vorher einen Blick auf die officiële Lage der Dinge.

Daß Napoleon der Dritte Deutschland bedroht, weiß Jedermann. Man thut ihm aber das entschiedenste Unrecht, wenn man meint, er werde Deutschland auf jede Gefahr hin angreifen. Sobald die deutschen Regierungen sich einigen, und eine praktisch ausführbare Kriegsordnung aufstellen, so wird es dem Kaiser nicht einfallen, seine Krone aufs Spiel zu setzen, indem er die

Völker gegen sich aufruft. Er speculirt auf die Uneinigkeit: entweder, um Preußen zu gewinnen und ihm einen Tausch à la Cavour zu bieten; oder um Preußen durch einen Rheinbund zu isoliren und ihm dann die Rheinprovinz zu nehmen. Da er immer auf verschiedene Coeventualitäten gefaßt ist, so hat er ohne Zweifel beides im Auge.

Wie verhält sich Preußen in dieser Krisis? Es verlangt vom Bunde zweierlei: 1) Herstellung einer ausführbaren Kriegsordnung, d. h. Theilung des Oberbefehls zwischen Oestreich und Preußen, und Festsetzung dieses Arrangements bereits im Frieden; 2) Garantie den Völkern gegenüber, daß der Bundestag nicht mit willkürlichen Entscheidungen in ihre Landesgesetze eingreifen werde: kurhessische Frage. — Nach beiden Seiten handelt Preußen so, wie es handeln muß. Der erste Punkt enthält zwar eine Abänderung der Bundesverfassung, aber eine Abänderung, welche nothwendig ist, wenn nicht der ganze Geist dieser Verfassung alterirt, d. h. wenn sie nicht durch Ueberspannung des formalen Rechts thatsächlich zerrissen werden soll.

Daß gegen beides die Mittelstaaten sich sträuben, so lange im eignen Volk das Bedürfniß sich nicht augenscheinlich herausstellt, ist leicht zu begreifen. Warum aber sträubt sich Oestreich? dessen Lage doch ohne Zweifel dadurch eine günstigere wird.

Hoffentlich hat Herr v. Schleinitz darüber in Wien angefragt und eine Antwort erhalten. Warum theilt er diese Antwort nicht mit? die doch, je nachdem sie ausgefallen ist, Preußens weiteres Verfahren bestimmen muß.

Wir wissen nur zwei Erklärungen. Entweder fühlt sich Oestreich wirklich zu schwach, an einer neuen Krisis sich zu betheiligen. Oder es will sich an Preußen rächen, für verweigerete Lehnspflicht, und darum die Rheinprovinz an Frankreich fallen lassen. Oder beide Motive wirken durcheinander. Denn freilich; das alte, vornehme Gebäude kracht in allen Balken; ein Stoß, und Niemand kann dafür stehen, daß es in Grund und Boden zusammenstürzt. Aber auch wenn es zusammenstürzt, der alte Stolz wird noch seinen Sturz überleben; und sanfter wird es fallen, wenn das neue, leicht gebaute Haus mit ihm gemeinsam umgestoßen wird.

Wie dem auch sei, Preußen hat keine Zeit zu warten; heute, morgen kann der Stoß erfolgen; wenn es sich wirklich mit Oestreich auseinandergesetzt hat, so muß es nun versuchen, mit dem übrig bleibenden Theil des deutschen Bundes sich auseinanderzusetzen.

Daß Oestreich nicht lange mehr eine ausreichende Stütze sein wird, dies Gefühl fängt an, allgemein und lebhaft zu werden. Herr v. Borries hat laut ausgesprochen, was uns aus sehr deutlichen Symptomen schon anderswoher immer wahrscheinlicher wurde. Gegen Preußens Hegemoniegelüste (d. h. gegen den Antrag einer ausführbaren Militärordnung) erst: Coalition

sämmtlicher Mittelstaaten; dann: Bündniß mit einer auswärtigen Macht, die sich schon sehr bereitwillig ausgesprochen habe. — Die Macht ist natürlich Frankreich; denn es wird doch nicht etwa Dänemark sein. Frankreich und vielleicht auch Rußland. Der Rheinbund ist also nicht mehr bloß in den alten Grenzen, er geht darüber hinaus, und er wird mit der größten Unbefangtheit dem eignen Volk gegenüber angemeldet.

Das Factum steht nicht isolirt. Es scheint, als ob grade die dänische Frage die Veranlassung zu einem Krieg zwischen Frankreich und Preußen geben soll. Französischen Diplomaten gegenüber läßt man es an der Versicherung nicht fehlen, die Sache Schleswig-Holsteins gehe eigentlich die deutschen Regierungen der Mittelstaaten nichts an, man müsse nur dem Publikum einige Concessionen machen, und eigentlich sei nur der Ehrgeiz Preußens im Spiel. Männer, die im vorigen Jahr so laut in die Kriegstrompete stießen, daß sie Napoleon für „vogelfrei“ erklärten, reisen nach Paris, um Vergebung zu suchen. An Orten, wo man noch immer laut in die papierne Kriegstrompete stößt, fängt man an zu desarmiren, schickt den Proviant von Festungen auf die Auktion u. s. w.

Doch das sind nur Indicien, die der Privatmann beobachten, gegen die aber unmittelbar auch nicht einmal eine Regierung etwas thun kann; die Erklärung des Herrn v. Borries dagegen qualificirt sich entschieden zu einer sehr kategorischen Anfrage. Preußen kann nicht abwarten, bis alle seine Nachbarn über es herfallen, und die Erklärung des Herrn v. Borries ist so entscheidend, so unumwunden, daß, wenn nicht eine gründliche Remedur eintritt, kaum daran zu zweifeln ist, daß wir uns bereits im Reich der Thatfachen, nicht mehr im Reich der Worte befinden. Aber nur bei ganz offenem Spiel kann die gerechte Sache auch die stärkere werden, und die Zeit der allgemeinen wohlmeinenden Redewendungen ist vorüber.

Eine wohlmeinende Redewendung ist auch die formelle Einstimmigkeit der letzten Abstimmung. Die Partei, welche Herr v. Blankenburg vertritt, ist nicht einig mit der Majorität, weder in Bezug auf die äußere noch auf die innere Politik. Redensarten, wie die über die Legitimität der Herzogthümer, über die Unhöflichkeit Oestreichs u. s. w. sind auch schon vor Olmütz gewesen. Will die preußische Regierung eine Situation annehmen, die auch im günstigsten Fall immer sehr gefährlich bleibt, so muß sie vorher im Innern das Heft fest und sicher ergreifen. Der Dualismus, der jetzt in Preußen herrscht, ist nicht geringer als der am Bundestag. Wie er zu heben sei, darüber haben wir uns schon oft genug ausgesprochen; der patriotische Geist, den das Herrenhaus in der Grundsteuerdebatte entwickelt, und nebenbei der Brief des Oberpräsidenten v. Kleist-Regow verglichen mit den Reden des Abgeordneten v. Kleist-Regow werden hoffentlich die Regierung zu der Einsicht bringen,

daß eine Remedur nicht bloß politisch nothwendig, sondern auch in anderer Beziehung wünschenswerth ist.

Die Situation ist sehr ernst, und wenn auch die Hoffnung, jetzt endlich Deutschland eine bessere Gestaltung zu geben, das Herz lauter schlagen macht, die Bedenken sind groß, der Weg gekrümmt und dornenvoll genug, um jede laute und lärmende Begeisterung vor dem entscheidenden Tag als unpassend erscheinen zu lassen. Es kann sein, daß die Entscheidung sich vertagt, daß Herr v. Borries erklärt, er habe sich nicht gegen Preußen, sondern gegen den Nationalverein, und nicht mit Frankreich, sondern mit Oestreich verbinden wollen; es kann sein, daß die Gegner am Bunde, um der öffentlichen Meinung keinen Anstoß zu geben, die Militärvorlage nicht rasch abwerfen, sondern verschleppen — obgleich das nach den letzten Schlüssen der Commission nicht wahrscheinlich ist. Aber das hat sich die preußische Regierung immer vorzuhalten: kommen muß die Entscheidung, und zu dessen Gunsten wird sie ausfallen, der besonnen, kaltblütig und entschlossen genug ist, sie dann eintreten zu lassen, wenn nicht ihm die Sonne ins Gesicht scheint. Das Ziel, auf das sie zunächst hinarbeiten hat, ist ihre gute Sache so klar zu machen, daß sämtliche Regierungen Deutschlands moralisch genöthigt werden, ihre guten Absichten anzuerkennen und denselben gerecht zu werden. —

Da der Schluß des preußischen Landtags nahe bevorsteht, so dürfte es am Orte sein, den Eindruck zu überlegen, den er in Deutschland gemacht hat. Zunächst drängt sich die Betrachtung in den Vordergrund, daß er fast ganz resultatlos geblieben ist. Fast alle Gesetzworschläge sind vom Herrenhaus verworfen und der wichtigste, der in Berathung stand, der über die Militäreinrichtung, hatte im Hause der Abgeordneten ein gleiches Schicksal zu erwarten. Der natürliche Eindruck scheint ein niederschlagender sein zu müssen; denn entweder sollte man voraussetzen, daß die allgemeine Richtung der Regierung eine falsche ist, oder daß die Verfassung selbst sich mit einem freien Gang der Regierung nicht vereinbaren läßt. Der Schluß wäre voreilig; im Gegentheil, wenn wir nur Zeit hätten, wenn noch eine Reihe Jahre friedlicher Entwicklung vor uns läge, so wäre diese Widerstandsfähigkeit der Parteien ein sehr günstiges Zeichen für Preußens Zukunft. Es hat sich gezeigt, daß Preußen kein absolutistischer Staat ist. Die Aristokratie hat ein Leben für sich und die liberale Partei hat die Entschlossenheit gehabt, einem Ministerium, das zum Theil aus ihren eigenen Führern zusammengesetzt war und dessen Fortbestand ihr von der größten Wichtigkeit sein mußte, da, wo das Wohl des Volks ins Spiel kam, energischen Widerstand zu leisten. Hätten wir Zeit zu warten, so würde im Lauf der Zeit alles in die gehörige Richte kommen; die verschiedenen Factoren des Staatslebens würden sich all-

mältig daran gewöhnen ihre Schranken zu begreifen und in ihren natürlichen Grenzen für den allgemeinen Organismus zu arbeiten.

Leider aber haben wir keine Zeit; nicht bloß um fortzuschreiten, sondern um am Leben zu bleiben, bedarf der preußische Staat einer Concentration seiner Kräfte, die ihm die nöthige Elasticität gibt im Augenblick zum Sprunge bereit zu sein. An die Aufrechthaltung des Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Factoren ist unter diesen Umständen nicht zu denken; der stärkste unter ihnen, der zugleich die größte Hingebung an das Vaterland zeigt und das größte Verständniß der deutschen Angelegenheiten, muß in den Schwerpunkt des Staats gestellt und durch alle Mittel gekräftigt werden, die ihm die Herrschaft sichern. Aufopferungsfähigkeit hat die preußische Aristokratie nicht gezeigt. Wie groß ihre positive Macht in Preußen ist, zeigen die Wahlen des vorigen Jahres, wie groß ihr Einfluß auf die deutschen Regierungen, zeigen die Jahre 1850—58, wie groß ihre Einsicht in die Bedürfnisse der Zeit und ihre Gewandtheit in den Mitteln Preußen groß zu machen, zeigen die Reden der Herrn von Blankenburg und Kleist-Regow. Uns scheint von allen politischen Richtungen — abgesehen von unsrer eignen Sympathie —, der Liberalismus noch immer der lebensfähigste zu sein, so wenig wir uns auch darüber täuschen, daß die Vertreter desselben noch viel zu wünschen übrig lassen, und daß er für sich allein noch nicht im Stande ist, die Gegensätze in die nöthigen Schranken zu bringen. Die feudale Partei ist es aber noch hundertmal weniger im Stande. Acht Jahre hindurch haben die Kräfte des Staats, die Kräfte der Regierung dem Feudalismus gedient, der Erfolg ist gewesen: im Innern allgemeine wilde Unzufriedenheit, nach Außen Schwäche und Ohnmacht. Das Herrenhaus sollte nach jenem System ein Bollwerk gegen den Liberalismus sein, es war die Organisation einer Partei zu einem Factor des Staats. Dieses künstliche Product, das in Zeiten größerer Ruhe in derselben Art wie das englische Oberhaus dem langsamen doch unwiderstehlichen Einfluß der öffentlichen Meinung unterlegen wäre, zieht jetzt in Zeiten des Dranges, wo es auf schnelle Entschlüsse ankommt, die Gefahr eines plötzlichen Stillstands der Maschine nach sich. Daß diese Gefahr vorhanden ist und beseitigt werden muß, bevor die Katastrophe eintritt, diese Erkenntniß ist nicht der kleinste Gewinn der diesjährigen Sitzung. — † †